



KLIMASCHUTZ VOR ORT

Kommunen als Partner

UNS GEHT'S UMS GANZE

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
BUNDESTAGSFRAKTION



www.gruene-bundestag.de



Quelle: Corbis

KLIMASCHUTZ VOR ORT

» NÜTZT ALLEN

Klimaschutz geht uns alle an. Er ist weder ein abstraktes Staatsziel, noch betrifft er ausschließlich Kraftwerke oder die Industrie. Klimaschutz beginnt unten: vor Ort, in den Städten, Kommunen und Gemeinden.

Wir alle haben es in der Hand, zukünftig weniger Energie zu verbrauchen und weniger Geld für teure Öl- und Gasimporte auszugeben. Wir alle können vor unserer Haustür dazu beitragen, umwelt- und gesundheitsschädliche Emissionen erheblich zu reduzieren. Damit schonen wir das Klima und übrigens auch die öffentlichen Kassen.

Auch der Bund kann und muss mit seiner Politik einen Beitrag dazu leisten. Zwar ist keine direkte Kooperation mit den Städten und Gemeinden möglich, dennoch können wir auf Bundesebene Weichen stellen. Das Ziel ist, Klimaschutz in den Kommunen zu verwirklichen, der auch den Menschen vor Ort zugute kommt.

GESPARTE ENERGIE

» ENTLASTET KOMMUNALE UND PRIVATE HAUSHALTE

Fossile Energien werden immer teurer. Die Verbraucherpreise für Öl, Kohle und Gas steigen stetig. Auch wenn die erneuerbaren Energien dafür sorgen, dass die Strompreise langfristig sinken: Die Anfangsinvestitionen für die Erneuerbaren müssen erst einmal aufgebracht werden. Das beste Mittel gegen steigende Kosten ist deshalb immer noch, Energie einzusparen. Aber auch das geht nicht ohne Investitionen. Damit sich das auch jeder leisten kann, wollen wir einen Energiesparfonds in Höhe von drei Milliarden Euro jährlich auflegen. Das Geld soll Haushalte beim Energiesparen unterstützen, zum Beispiel durch eine bessere Energieberatung vor Ort oder finanzielle Hilfen zur Anschaffung effizienter Elektrogeräte. Der grüne Energiesparfonds soll auch dabei helfen, die energetische Sanierung von Wohnhäusern zu beschleunigen, ohne einkommensschwächere Mieterinnen und Mieter zu verdrängen.

Der Nutzen dieser Politik macht sich nicht nur an der niedrigeren Energierechnung für die Verbraucherinnen und Verbraucher bemerkbar, auch die kommunalen Haushalte werden entlastet. Den Kommunen bleiben so mehr Spielräume für Investitionen in Schulen, Schwimmbäder und andere öffentliche Einrichtungen.

*„Vom Klimaschutz
vor Ort haben
alle etwas –
VerbraucherInnen,
Kommunen und
Umwelt.“*

BÄRBEL HÖHN MDB

Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt,
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

GEBÄUDESANIERUNG

» MACHT WOHNUNGEN WÄRMER ...

Gut gedämmte und isolierte Wohnungen erhöhen die Wohnqualität, besonders wenn ökologische Baustandards beachtet werden. Vor allem aber verbrauchen sie im Winter deutlich weniger Heizenergie und sparen damit viel Geld. Doch nicht nur der private Geldbeutel profitiert. Sanierte Häuser machen ganze Wohnquartiere und Stadtteile attraktiver und erhöhen die Lebensqualität. Wir wollen dafür jährlich mindestens zwei Milliarden Euro im Bundeshaushalt bereitstellen. Damit lassen sich pro Jahr rund drei Prozent des Wohnungsbestandes auf den neusten Stand bringen. Zusätzlich entsteht ein Konjunkturprogramm für die lokale Wirtschaft. Das schafft Beschäftigung vor Ort und sichert Einkommen. Zur Finanzierung dieses Programms wollen wir klimaschädliche Beihilfen und Steuervorteile abschaffen. Beenden wollen wir zum Beispiel Steuernachlässe und Hilfen für die Verstromung klimaschädlicher Kohle oder die Entlastung von Unternehmen bei der Energiesteuer, wenn sie nicht investieren, sondern weiter in veralteten, ineffizienten Anlagen produzieren. So gewinnen wir jährlich einige Milliarden Euro, um den Klimaschutz vor Ort voranzubringen.

» ... UND STADTVIERTEL ATTRAKTIVER

Ein Schwerpunkt des grünen Energiesparfonds liegt in der Unterstützung von Kommunen für die energetische Sanierung ausgewählter Stadtviertel. Insbesondere die energetische Sanierung von Wohnquartieren mit einem hohen Anteil einkommensschwacher Haushalte wollen wir voranbringen. Dazu sollen – in Abstimmung mit den Bundesländern – Finanzmittel in Höhe von 1,8 Milliarden Euro bereitgestellt werden.

Auch Hausbesitzerinnen, Hausbesitzern und Wohnungsgesellschaften soll das Förderprogramm finanzielle Anreize für eine energetische Sanierung bieten, ohne dass sich dadurch die Warmmieten erhöhen. Wenn dies einmal nicht möglich ist, soll der Energiesparfonds außerdem ein „Klimawohngeld“ finanzieren, mit dem die Differenz überbrückt wird. So wird eine energetisch sanierte Wohnung auch für kleinere Einkommen erschwinglich.



**Stadt und Grün gehen gut zusammen:
Durch ökologisches Bauen gewinnen
Städte und die Lebensqualität steigt.**

Ökohaus Arche Frankfurt. Quelle: Kollektivfoto/D.Zimmer

VIELFÄLTIG & DEZENTRAL

» STATT IN DER HAND WENIGER KONZERNE

Ob Sonne, Wind oder Geothermie – erneuerbare Energien werden zumeist dezentral erzeugt. Das ist gut für mehr Wettbewerb auf dem Strommarkt. Es beschränkt die Marktmacht der Energiekonzerne, die zu Lasten der Verbraucherinnen und Verbraucher ungerechtfertigte Monopolprofite kassieren. Ein weiterer dezentraler Ausbau der Erneuerbaren nützt direkt auch Städten und Gemeinden: Dass sie selbst als Anbieter auf dem Strommarkt auftreten können, erhöht die Versorgungssicherheit in der Region. Es bringt außerdem zusätzliche Beschäftigung und spült Gewerbesteuererinnahmen in klamme kommunale Kassen.

Mit unserer Politik im Bund geben wir Kommunen einen verlässlichen Rahmen, um lokale Energie- und Klimaziele umzusetzen, um selbst dezentrale regenerative Energie zu erzeugen oder neue Bündnisse zu schließen. Die Marktmacht der großen Energiekonzerne wollen wir brechen und faire Wettbewerbsbedingungen für Erzeuger erneuerbarer Energien, Stadtwerke und neue Energieanbieter schaffen. Immer mehr Kommunen nehmen ihre Energienetze wieder in die eigene Hand, das unterstützen wir.



Teilnehmer eines Architektenseminars informieren sich in Wulkow über ökologische Wärmedämmung beim Bauen. Quelle: picture alliance

OHNE AUTO

»» BEQUEM UND SCHNELL ANS ZIEL

Immer mehr Verkehr, verstopfte Straßen und Staus belasten nicht nur unser Klima. Auch wertvolle Zeit geht dabei verloren, Lärm und Abgase beeinträchtigen Lebensqualität und Wohlbefinden. Mit steigender Verkehrsbelastung sinkt die Attraktivität ganzer Wohngebiete, viele Grundstücke verlieren an Wert. Grüne Verkehrspolitik setzt dieser Entwicklung eine vernetzte Mobilität entgegen. Sie fördert die intelligente Kombination unterschiedlicher Fortbewegungsarten und Verkehrsmittel. Wesentliche Elemente sind die Verlagerung von Verkehr auf die Schiene, die finanzielle Unterstützung eines attraktiven Nahverkehrsangebotes und Investitionen in ein umfangreiches Radverkehrsnetz. Wir wollen es Kommunen erleichtern, Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit einzuführen – gut für Klima und Verkehrssicherheit. Die Förderung des Elektroautos ist ein weiterer Baustein, um unsere Städte leiser und emissionsfrei zu machen. Grüne Verkehrspolitik will die Infrastruktur pflegen und erhalten, anstatt durch immer neue Straßen unsere Landschaften zu zerschneiden. Es muss möglich sein, auch ohne Auto bequem und schnell von A nach B zu kommen. Grüne Verkehrspolitik hält die Menschen mobil, unterstützt die Kommunen, überflüssigen Verkehr zu vermeiden, und hilft dem Klimaschutz.

LEBENSQUALITÄT

»» DURCH STADTGRÜN UND ÖKOLOGISCHES BAUEN

Grünflächen, Luftschneisen und Alleen in der Stadt lassen uns aufatmen. Für das Stadtklima und den Wasser- und Naturhaushalt sind sie unverzichtbar. Häuser und Wohnungen ohne grüne Umgebung können sich im Sommer unerträglich aufheizen. Vor allem Ältere und Kranke leiden darunter. Pflanzen und Bäume wirken klimatisierend, gezielt eingesetzt können sie das Aufheizen wirkungsvoll verringern. Grüne Städte haben einen weiteren Vorteil: Viele Tiere und Pflanzen finden sich gut darin zurecht. Die Artenvielfalt kann so die mancher ländlichen Region sogar übertrumpfen. Immer mehr Städter entdecken ihren grünen Daumen. Auch deshalb wollen wir den Trend zum städtischen Gärtnern (urban gardening) fördern. Grüne Politik gibt Grünanlagen Vorfahrt vor Asphalt. Darauf wollen wir zum Beispiel die Städtebauförderung des Bundes ausrichten.

Das unter Rot-Grün eingeführte Marktanreizprogramm für nachwachsende Baustoffe wollen wir neu auflegen. Ein wichtiger Beitrag, um ökologisches Sanieren zu fördern. Außerdem spart das Energie bei der Herstellung und Nutzung von Dämmstoffen, reduziert den Verbrauch von fossilem Erdöl und unterstützt die Wohngesundheit.



Wo BürgerInnen Brachflächen umnutzen, können grüne Oasen entstehen. Davon profitieren Mensch und Natur.

Quelle: Corbis

NOCH FRAGEN?

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion

Bärbel Höhn MdB, Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt,
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

Chris Kühn MdB, Sprecher für Bau- und Wohnungspolitik

Arbeitskreis 2: Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verkehr

TEL 030/227 56789, FAX 030/227 56552

info@gruene-bundestag.de

ZUM WEITERLESEN:

- » Klimakrise verändert Deutschland (Flyer 18/41)
- » Das bisschen Wetter? (Postkarte 18/17)
- » Klimakrise stoppen (Flyer 18/07)
- » Für eine grüne Energiewende (Flyer 18/4)
- » gruene-bundestag.de » Themen » Klimaschutz

BUNDESTAGSDRUCKSACHEN:

18/2744 Scheitern der nationalen Klimapolitik abwenden (Antrag)

18/1962 Kohleausstieg einleiten (Antrag)

18/777 Die Energiewende europäisch verankern (Antrag)

18/575 Heizkosten sparen, Energiewende voranbringen (Antr.)

Diese Veröffentlichung informiert über unsere parlamentarische Arbeit im Deutschen Bundestag. Sie darf im Wahlkampf nicht als Wahlwerbung verwendet werden.

IMPRESSUM:

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Gestaltung: Stefan Kaminski, Titelfoto: Corbis

Stand: Oktober 2015, 2. akt. Aufl., Schutzgebühr: 0,05 €

